

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 2. März 2009

### **Opel: Keine Brücke ins Nichts!**

Stiftung Marktwirtschaft lehnt Einstieg des Staates bei Opel ab

**Der bedauerliche Verlust von Arbeitsplätzen wird angesichts der bekannten Überkapazitäten in der Automobilproduktion ohnehin nicht zu vermeiden sein und im Fall von Subventionen für Opel lediglich andere Hersteller treffen. Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael Eilfort: „Eine Hilfe für Opel ist eine Brücke ins Nichts und nur eine für den Steuerzahler teure Verlängerung des Bremsweges.“ Dies sei, so Eilfort weiter, schon 1999 bei Schröder/Holzmann so gewesen, aber für die Steuerzahlenden nach heutigen Maßstäben noch vergleichsweise günstig gekommen: „250 Millionen Euro für drei zusätzliche Jahre und einen guten Auftritt vor jubelnden Arbeitern in der Abendsonne. Die derzeit diskutierten mindestens drei Milliarden und ein Horizont womöglich nur bis kurz nach der Bundestagswahl sind dagegen unvertretbar.“**

Opel hat schon in den vergangenen Jahren deutlich an Marktanteilen verloren. Die Chance, überhaupt als selbständiges Unternehmen auftreten und so nachhaltig auf eigenen Beinen stehen zu können, hält die Stiftung Marktwirtschaft für gering. Wesentlich größer wäre das Risiko einer Wettbewerbsverzerrung zu Lasten anderer, am Markt besser aufgestellter Konkurrenten – und ihrer Arbeitnehmer. Die Verwendung von Steuermitteln wäre eher als Veruntreuung denn als irgendwie sinnvolle Geldanlage zu verstehen.

Besonders verheerend wirkt sich der Druck aber in Folgediskussionen aus. Eilfort: „Wer 'O' wie Opel sagt, wird auch 'S' wie Schaeffler sagen müssen.“ Die im Bankensektor sicherlich sinnvolle Abgrenzung nach dem Kriterium „systemisch“ werde damit immer schwerer fallen. „Bis zum Wahltag am 27. September sind für das Gros der Politiker alle größeren Unternehmen „systemisch“, befürchtet Eilfort.

Handwerkern und kleinen mittelständischen Betrieben hilft der Staat für gewöhnlich und im Einzelfall nicht. Das muss angesichts jahrelanger Versäumnisse und/oder gravierender unternehmerischer Fehlentscheidungen auch für Opel und Schaeffler gelten: Die Bundesregierung kann und soll für gute – bessere! – Rahmenbedingungen sorgen, und die Spielregeln des Wettbewerbs durchsetzen statt ihn zu verzerren. Also: Keine Staatsgarantien für Opel!

Ordnungspolitik ist keine Veranstaltung für schönes, sondern eine Hilfe für schlechtes Wetter. Der Staat ist nicht der bessere, sondern vor allem der teurere Unternehmer. Auch in der derzeitigen Krise gilt, dass Eingriffe in den Markt – jenseits systemrelevanter Banken – starke Konkurrenten schwächen und langlebig, wenn nicht dauerhafte Subventionsempfänger schaffen.

Gravierend erscheinen der Stiftung Marktwirtschaft die Risiken für das politische System insgesamt: Der Staat droht sich zu übernehmen, finanziell wie durch eine mögliche Inflationierung von Feuerwehreinräumungen. Bei der Bankenkrise im September 2008 hat der Staat Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und Sicherheit vermittelt. Bei Unternehmen wie Opel werde das nicht gelingen und am Ende ist als Folge überhöhter Erwartungen Politikverdrossenheit programmiert. „So bedauerlich auch die Lage ist,“ sagt Eilfort: „man muss jetzt auch einmal 'Nein' sagen können“.

---

Ihre Ansprechpartnerin:

Susanna Hübner  
Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstraße 60  
10117 Berlin

Telefon 030 – 20 60 57 - 33  
Fax 030 – 20 60 57 - 57  
E-Mail: [huebner@stiftung-marktwirtschaft.de](mailto:huebner@stiftung-marktwirtschaft.de)  
Internet: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)